

am puls

MAGAZIN FÜR POLITIK UND GESUNDHEIT

02/2012
Jahrgang 09
5,00 Euro

**Weichenstellung
für die Menschen
in NRW**

**Landtagswahl
am 13. Mai 2012**

Benjamin Feindt
fordert
einfache Steuern

Seite 4



Mike Mohring
Thüringen sorgt für gute
Gesundheitsversorgung

Seite 8



Norbert Röttgen
Spitzenkandidat der CDU NRW
Verantwortung statt
Verschuldung
S. 14



Foto: Martin Simon/pixelio.de

„Wer pflegt schon gerne seine Ex-Schwiegermutter?“

Gesundheitspolitik im demographischen Wandel am Beispiel Thüringens

Thüringen, unser Foto zeigt die Wartburg, unternimmt große Anstrengungen, personelle Engpässe im Bereich der ärztlichen Versorgung und der Pflege zu vermeiden

Von Mike Mohring

Eine funktionierende und bezahlbare medizinische Versorgung gehört zu den elementaren Lebensinteressen der Bürgerinnen und Bürger. Die Bevölkerungsentwicklung stellt die Gesundheitspolitik dabei vor große Herausforderungen. Sie hat damit umzugehen, dass bei einer abnehmenden Bevölkerung, die immer älter wird, der Behandlungs- und Pflegebedarf zunimmt. In einem ostdeutschen Land wie Thüringen vollzieht sich diese Entwicklung schneller als in weiten Teilen Westdeutschlands. Dabei müssen einige Regionen mit einem drastischen Bevölkerungsrückgang und einer besonders ungünstigen Altersstruktur zurechtkommen, während Städte wie Erfurt, Weimar und Jena und ihr Umland kaum betroffen sind. Ein Großteil der Ärzte ist bereits im vorgerückten Arbeitsalter, für die Pflege müssen in den kommenden zehn Jahren rund 20.000 Fachkräfte gewonnen werden.

Neue gesetzliche Möglichkeiten

Soweit ein knapper Problemaufriss. Welche Handlungsmöglichkeiten stehen der Landespolitik angesichts der Herausforderungen zu Gebote? Dazu gehört zunächst, die bundespolitischen Rahmenbedingungen mitzugestalten. Die Gesundheitspolitiker unserer Fraktion haben sich intensiv am Entstehungsprozess des GKV-Versorgungsstrukturgesetzes beteiligt. Das Ergebnis verbessert unsere Möglichkeiten, Anreize für eine Niederlassung in ländlichen und strukturschwachen Regionen zu geben. Wie nötig dies ist, zeigt ein Vergleich: Während im Thüringer Landkreis Sömmerda 563 Einwohner auf einen Arzt kommen, sind es in der Universitätsstadt Jena lediglich 97. Mit dem Gesetz haben die Länder mehr Einfluss auf die Bedarfsplanung, können Landärzten über die Ausgestaltung der Honorare entgegenkommen oder die Niederlassung in unterversorgten Bereichen bei der Nachbesetzung von Praxen in überversorgten Bereichen besonders berücksichtigen.

Die CDU-Fraktion arbeitet daran, diese Anreize durch landespolitische Maßnahmen zu verstärken. Dazu hat ein von uns moderierter Runder Tisch „Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum“ rund 50 Vorschläge unterbreitet. Sie sollen in eine parlamentarische Initiative münden, an der wir zurzeit mit unserem Koalitionspartner arbeiten. So wollen wir den von uns eingerichteten Lehrstuhl für Allgemeinmedizin an der Friedrich-Schiller-Universität Jena ausbauen, die ambulante und stationäre Versorgung besser verzahnen, Wirtschaftsförderprogramme für Praxisgründungen öffnen und Zustifter für die „Stiftung zur Förderung der ambulanten ärztlichen Versorgung in Thüringen“ gewinnen. Sie könnte dann etwa den Aufbau von Landambulatorien unterstützen. Wir werben auch dafür, ein nach § 90a SGB V mögliches Gemeinsames Landesgremium einzurichten, in dem das Land gemeinsam mit Vertretern der Kassenärztlichen Vereinigung, den Kranken- und Ersatzkassen und der

Landeskrankenhausgesellschaft sektorenübergreifende Versorgungsfragen klären kann.

Verstärkt wird Thüringen sich um die Gewinnung von Ärzten außerhalb der Landesgrenzen bemühen. Das neue Berufsanerkennungsgesetz erleichtert und beschleunigt die Anerkennung der im Ausland erworbenen Abschlüsse. Das trifft auch auf Ärzte zu.

Großer Bedarf

Großer Bedarf auch im Pflegebereich. Alleine zwischen dem Jahr 2009 und dem Jahr 2019/20 wird sich der Anteil der 80-Jährigen und Älteren um rund 50 Prozent erhöhen, während das Erwerbspersonenpotenzial beständig abnimmt. Aktuell kommen in Thüringen nur noch 100 Bewerber auf 134 Lehrstellen. Dies zeigt den enormen Konkurrenzdruck, unter dem auch die Pflegeanbieter bei der Nachwuchsgewinnung stehen. Vor diesem Hintergrund halten wir es für richtig, die häusliche Pflege zu stärken. Das zum 1. Januar 2012 in Kraft getretene Pflegezeitgesetz entspricht den Interessen einer alternden Gesellschaft. Wie weit dieser Weg führt, wenn die Arbeitskräftenachfrage weiter wächst und auch 15 Wochenstunden nicht ohne weiteres entbehrlich sind, steht dahin. Ein Erfolg des Modells hängt schließlich auch von der räumlichen Nähe und Stabilität familiärer Strukturen ab. Die zugegebenermaßen polemische Frage „Wer pflegt schon gerne seine Ex-Schwiegermutter?“ bringt das Problem auf den Punkt. Daher werden wir auch mit anderen Formen wechselseitiger Unterstützung experimentieren, Senioren-Wohngemeinschaften etwa.

Eine ausreichende Antwort auf den drohenden Fachkräftemangel in der Pflegebranche ist das freilich nicht. Nach dem Runden Tisch zur ärztlichen Versorgung hat die CDU-Fraktion daher ein Fachgespräch Pflege in Thüringen initiiert. Mehr Ausbildung, besser geförderte Weiterbildung und auch hier eine gezielte Zuwanderung müssen Bausteine eines Konzepts sein. All dies wird nicht ausreichen, wenn wir nicht für bessere Entwicklungsperspektiven und eine

Foto: IchundDuf pixelio.de



Neue Standards seit 1990, denn die Pflegesituation in der DDR kann nicht anders als katastrophal bezeichnet werden

angemessene Vergütung in der Kranken- und Altenpflege sorgen.

Vorkehrungen für den demografischen Wandel

Mit den genannten Maßnahmen wollen wir dazu beitragen, den hohen medizinischen und Pflegestandard zu halten, den wir uns in Thüringen seit 1990 erarbeitet haben. Dieses Thema liegt vielen Menschen am Herzen, denn die Pflegesituation in der DDR kann nicht anders als katastrophal bezeichnet werden. Sie war ein besonders bedrückender Teil jener „teilungsbedingten Lasten“, den wir dank großzügiger Unterstützung aus den alten Ländern beseitigen konnten. Dafür sind viele Menschen in Thüringen dankbar. Angesichts aktueller Diskussionen füge ich hinzu: Auch wenn wir von gleichwertigen Lebensverhältnissen noch ein gutes Stück entfernt sind, verstehe ich, dass Kommunen in den alten Ländern auch auf ihre eigenen Probleme hinweisen. Ein Signal wäre, wenn der Bund jene Mittel für notleidende Kommunen in allen Teilen Deutschlands einsetzt, die Jahr für Jahr durch das Abschmelzen des Solidarpakts frei werden.

Vorkehrungen für den demographischen Wandel zu treffen, heißt für die Thüringer CDU-Fraktion jedoch nicht, diesen Wandel als unabänderliche Gegebenheit hinzunehmen. Deshalb sei zum Abschluss ein Blick auf die Familienpolitik gestattet. Sie steht für uns

ausdrücklich auch unter der Maßgabe, die Zahl der Geburten zu steigern. Sie ist von dem Willen geleitet, Paaren das Ja zum Kind zu erleichtern. Dazu gehört die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch ein umfassendes und qualitativ hochwertiges Betreuungsangebot. Dazu gehört genauso die unmittelbare finanzielle Förderung von Paaren mit jungen Kindern, weil Eltern die Freiheit haben sollen, selbst zu entscheiden, wie sie ihr Leben mit Kleinkindern gestalten.

MIKE MOHRING



Mike Mohring, MdL, Jahrgang 1971, ist Fraktionsvorsitzender der CDU im thüringischen Landtag. Seit 1989 ist Mohring politisch aktiv. Zunächst im NEUEN FORUM, dann ab 1993 in der CDU. Seit 1999 ist er Mitglied des Landtags. In der CDU gehört der Master of Law seit 2010 dem Bundesvorstand an.